

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Schweickert, Rainer; Šikulová, Ivana

## Article

# Der Weg der Slowakei in die Europäische Union : vom Spätstarter zum Starreformer?

Die Weltwirtschaft

## Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Schweickert, Rainer; Šikulová, Ivana (2004) : Der Weg der Slowakei in die Europäische Union : vom Spätstarter zum Starreformer?, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Iss. 4, pp. 390-416, <http://hdl.handle.net/10419/3434>

### Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

### Terms of use:

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

# Der Weg der Slowakei in die Europäische Union – Vom Spätstarter zum Starreformer?

Von Rainer Schweickert und Ivana Šikulová

## 1. Einleitung

Am 1. Mai 2004 ist die Slowakei mit sieben anderen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) und den beiden Mittelmeerländern Zypern und Malta der Europäischen Union (EU) beigetreten. Dabei verlief der Weg von der sozialistischen Planwirtschaft zur Integration in eine hoch entwickelte Wirtschaftsgemeinschaft alles andere als gradlinig. Zunächst versuchte die Slowakei durch die Trennung von der Tschechischen Republik einen nationalistischen Weg zu gehen. Dies führte schließlich dazu, dass das Land bei den Staaten, die bereits 1998 in den Beitrittsprozess zur EU eintreten konnten, nicht vertreten war (Schweickert 2001).<sup>1</sup>

Danach allerdings vollzog die Slowakei eine radikale politische Kehrtwende. Erster Erfolg war die Berücksichtigung in der zweiten Beitrittsrunde, die im Jahr 2000 begann. Eine Kehrtwende vollzog sich auch im Bereich der Wirtschaftspolitik. In der Folge konnte die Slowakei die einzelnen Verhandlungskapitel relativ schnell abschließen, die wirtschaftlichen Beitrittskriterien erfüllen und so gemeinsam mit der Tschechischen Republik der EU beitreten (zu den Kopenhagener Kriterien vgl. Foders et al. 2002).<sup>2</sup> Doch das Reformtempo hat auch nach dem Beitritt keineswegs nachgelassen. Das Urteil über die Nachhaltigkeit der Reformen ist allerdings nicht einhellig. Es reicht von „Vom letzten auf den ersten Platz – Beispielloser Reformschub in der Slowakei“ (*Neue Zürcher Zeitung* vom 28.8.2004) und „Late Starter Makes Up For Lost Time“ (*Financial Times* vom 26.5.2004) bis zu „Slowakische Regierung riskiert mit Reformkurs Kopf und Kragen“ (*Handelsblatt* vom 11.3.2004) und „Das Reformfeuerwerk in Pressburg hat seinen Preis“ (*Die Presse* vom 6.5.2004).

Der Weg der Slowakei nach Europa und insbesondere seine Durchhaltbarkeit werden nicht ohne Wirkung auf den weiteren europäischen Integrationsprozess bleiben. Wie hat aber die Slowakei nach dem Spätstart die Wende geschafft

---

<sup>1</sup> Schon am 16. Dezember 1991 wurde ein Assoziierungsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Europäischen Gemeinschaft unterschrieben. Die Ratifizierung wurde aber angesichts der Trennung der Slowakei von der Tschechischen Republik nicht geschafft. Nach der Entstehung der selbstständigen Slowakei (1993) wurde ein neues Abkommen zwischen der Slowakei und der EU abgeschlossen (1995). 1998 hat die EU Verhandlungen mit sechs Kandidatenländern (einschließlich der Tschechischen Republik) eingeleitet. Da die Slowakei die politischen Kriterien nicht erfüllen konnte, wurde sie in die zweite Gruppe von Ländern eingegliedert, die sich auf Verhandlungen vorbereiten sollten.

<sup>2</sup> Der gemeinsame Beitritt hatte nicht nur politische, sondern auch ökonomische Gründe, da so die Zollunion mit der Tschechischen Republik bis zum Ende des Integrationsprozesses beibehalten werden konnte.

und wie ist die gegenwärtige Situation einzuschätzen? Dazu soll in Abschnitt 2 zunächst der Politikwechsel von Desintegration und daraus resultierender makroökonomischer Probleme hin zu Integration und Stabilisierung kurz skizziert und anhand international vergleichbarer Indikatoren zur Reformpolitik verdeutlicht werden. In Abschnitt 3 werden die Konvergenzerfolge beschrieben, die seit 1998 in der Fiskal- und Geldpolitik sowie im realwirtschaftlichen Bereich erzielt wurden, und die Ursachen für diesen Erfolg analysiert. In Abschnitt 4 wird die Frage nach dem Übergang zur vollen Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion behandelt. Dabei wird sowohl gefragt, was ein Schwellenland von einem solchen Beitritt grundsätzlich erwarten kann, als auch, wie gut die Slowakei auf einen Beitritt vorbereitet ist und wie schnell er erfolgen kann. In Abschnitt 5 werden die Ergebnisse zusammengefasst.

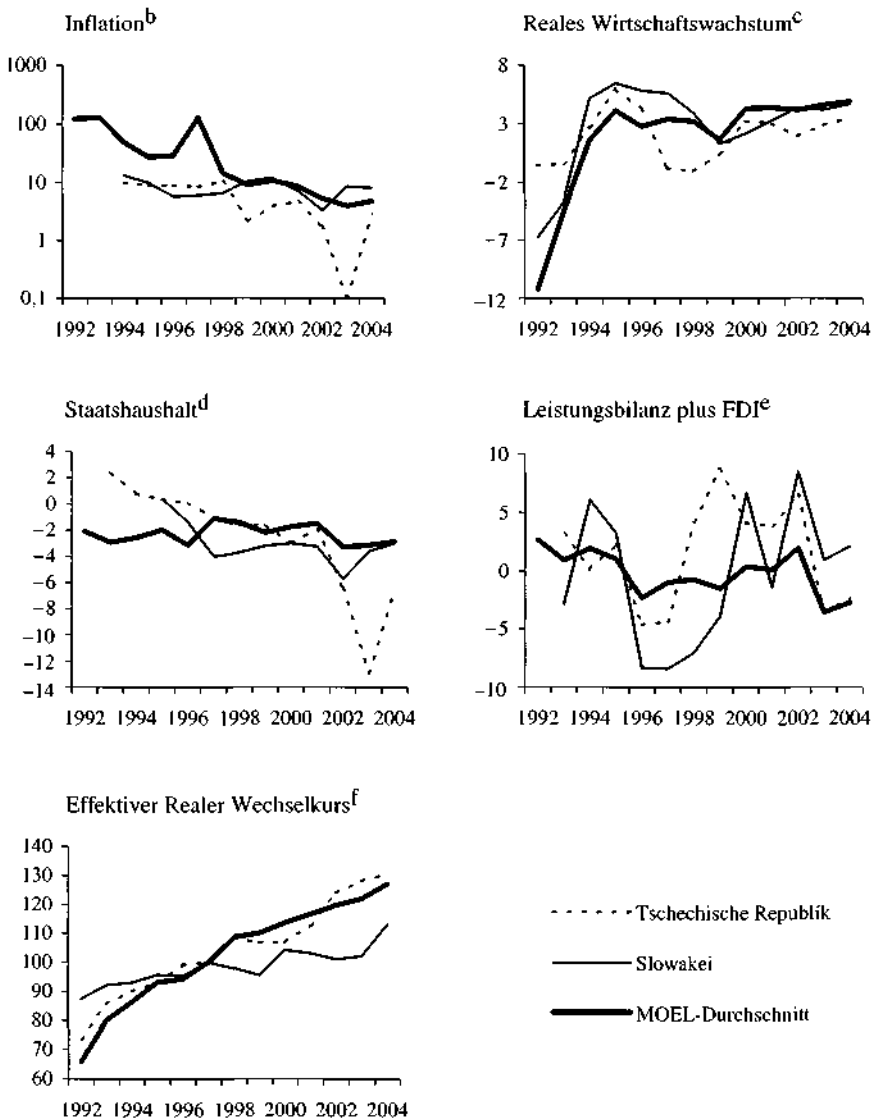
## 2. Spätstart und Reformprozess

Die Slowakische Republik ist als der weniger entwickelte Teil der ehemaligen Tschechoslowakei mit deutlichen Nachteilen in die Unabhängigkeit gestartet. Trotzdem war die makroökonomische Entwicklung zunächst durchaus positiv (Abbildung 1): Der Staatshaushalt war ausgeglichen, der reale Wechselkurs stabil, das Wachstum war nach der Transformationskrise wieder positiv und die Inflationsrate vergleichbar mit der der Tschechischen Republik. Die wesentlichen Unterschiede zur Wirtschaftspolitik der Tschechischen Republik waren zum einen ein flexiblerer Wechselkurs, der es vereinfachte, das makroökonomische Gleichgewicht zu halten. Wie Abbildung 1 zeigt, verlief die Aufwertung der Währung wesentlich moderater als in der Tschechischen Republik und im Durchschnitt der MOEL. Zum anderen setzte die Slowakei im Gegensatz zur Tschechischen Republik nicht auf eine rasche Umwandlung in eine Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Es wurden zunächst weder strukturelle noch institutionelle Reformen durchgeführt. So wurde die Planwirtschaft zunächst festgeschrieben und die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft nicht geschaffen (Morvay et al. 2004).

Die Beibehaltung von Regulierungen vereinfachte zunächst das makroökonomische Management. Wie in Abbildung 1 zu erkennen ist, wuchs die Wirtschaft mit über 6 Prozent schneller als zuvor. Dies war jedoch in erster Linie auf eine deutliche monetäre und fiskalische Expansion zurückzuführen (IMF 2000; DB Research 2000). Das Kreditvolumen relativ zum BIP stieg um fast 20 Prozentpunkte, der Überschuss im Staatshaushalt verwandelte sich in ein Defizit von über 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und das Leistungsbilanzdefizit verwandelte sich ebenfalls von einem Überschuss in ein Defizit von über 10 Prozent des BIP. Die bei sinkender Sparquote steigende Investitionsaktivität wurde dabei mithilfe von staatlichen Garantien durch Auslandskredite und durch die nicht reformierten Staatsbanken finanziert. Um vor allem den Zufluss an Auslandskrediten zu sichern, stieg der Realzins auf über 15 Prozent. Das Resultat war außerdem ein starker Anstieg der Auslandsverschuldung und eine Abnahme der Deckung von kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten durch Währungsreserven (Schweickert 2001).

Abbildung 1:

Makroökonomische Entwicklung in der Slowakei im Vergleich zur Tschechischen Republik und den MOEL 1992–2004<sup>a</sup>



<sup>a</sup> 2004: 1. Halbjahr für ‚Effektiven Realen Wechselkurs‘ und Prognosen für alle anderen Variablen.  
<sup>b</sup> Jährliche Änderung des Konsumentenpreisindex in Prozent. — <sup>c</sup> Jährliche Änderung des BIP zu konstanten Marktpreisen in Prozent. — <sup>d</sup> Saldo des Staatshaushalts in Prozent des BIP.  
<sup>e</sup> Summe des Leistungsbilanzsaldos und des Nettozufflusses an Direktinvestitionen in Prozent des BIP. — <sup>f</sup> Handelsgewichtet.

Quelle: DeKaBank (2004); World Bank (2004b); Datastream „Real Effective Exchange Rate“ (Zugriff: November 2004); eigene Berechnungen.

Um eine Währungskrise zu vermeiden, mussten nach 1998 drastische Maßnahmen ergriffen werden. Die wichtigsten Schritte waren dabei die Reduzierung des Budgetdefizits, die Restrukturierung und Privatisierung der Staatsbanken und der Staatsunternehmen sowie die Stärkung des Konkursrechts. Zusammen mit dem sehr hohen Realzins trugen diese Maßnahmen zu einer sinkenden Absorption, zu steigenden Exporten und damit auch zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits bei.

Ähnlich wie im Fall Sloweniens (vgl. Schweickert 2001) zeigt sich am slowakischen Beispiel, dass ein langsames Reformtempo durchaus einem stabilen Gleichgewicht nicht im Wege stehen muss. Dieses Gleichgewicht konnte jedoch nicht gehalten werden. Am Ende dieser ersten Transformationsperiode stand die Slowakei vor erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichten und einer kaum wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die aufgeschobenen Reformen führten zusammen mit den Defiziten im politischen Reformprozess schließlich dazu, dass die Slowakei den Integrationszug zur EU zunächst verpasste.

Seit der Krise und mit dem Regierungswechsel konnte die Slowakei nicht nur den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen, sondern auch die Aufnahme in die OECD (im Jahr 2000) erreichen und erhebliche Fortschritte bei institutionellen und strukturellen Reformen machen. In den Jahren 1998–2002 wurden auf dem Weg zur Marktwirtschaft die folgenden Reformen in Angriff genommen (Morvay et al. 2004):

- Restrukturierung (1999–2001) und Privatisierung (2001–2002) der staatlichen Banken;
- Restrukturierung der sonstigen Staatsunternehmen, Privatisierung der großen Unternehmen (in den Sektoren Energie, Verkehr und Telekommunikation) sowie Förderung des Privatsektors;
- Übergang zu einem flexiblen Wechselkursregime (1998);
- fiskalische Konsolidierung durch restriktive Fiskalpolitik (bis 2001).

Die Jahre 1999–2000 waren für die Slowakei eine Stabilisierungsphase, in der dank der restriktiven Fiskalpolitik das Leistungsbilanzdefizit reduziert wurde. Der Preis dafür war zunächst ein langsames Wachstum und höhere Arbeitslosigkeit, die seit 1999 vor allem durch die Umstrukturierung der Unternehmen und Mängel im Funktionieren des Arbeitsmarkts verursacht wurde und die bis heute die Wirtschaft der Slowakei belastet. Problematisch blieb weiterhin die Fiskalpolitik, die wieder expansiv wurde. Dies führte erneut zu einem höheren öffentlichen Defizit und zu außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht.

Wichtig für den weiteren Reformprozess war, dass nach der Parlamentswahl im Herbst 2002 die Reformregierung an der Macht blieb. Die Reformpolitik wurde damit beibehalten und die politische Glaubwürdigkeit der Slowakei gestärkt (Okáli et al. 2003). Ende des Jahres 2002 wurde der Slowakei der Beitritt zur EU und zur NATO zugesichert. Das Reformtempo konnte so weiter zunehmen und umfasste die Bereiche öffentliche Finanzen, öffentliche Verwaltung,

Unternehmensgesetzgebung, Gesundheitswesen, Schulwesen, Sozial-, Renten- und Steuersystem sowie Arbeitsmarkt. Außerdem konnte unter diesen Rahmenbedingungen die makroökonomische Stabilität verbessert werden.

Die Slowakei hat sich so in die EU als ein Land mit erfolgversprechenden wirtschaftlichen Perspektiven eingegliedert. Obwohl vor allem der Arbeitsmarkt noch nicht effizient funktioniert und einige vom sozialistischen System verursachte Verzerrungen noch gegenwärtig sind, hat die Slowakei seit 1998 bedeutende Fortschritte gemacht (Morvay et al. 2004). Die Wachstumsrate ist auf den Durchschnitt der MOEL gestiegen, und die Staats- und Leistungsbilanzdefizite sind ebenfalls mit den Nachbarländern vergleichbar (Abbildung 1).

Diese positive Entwicklung lässt sich auch anhand international vergleichbarer Reformindizes ablesen. Tabelle 1 zeigt die zehn Komponenten des Indexes der ökonomischen Freiheit sowie den Vergleich des Gesamtindex mit den EU-15-Ländern. Die Bewertung, die analog zu den Schulnoten erfolgt, zeigt den schlechtesten Wert für 1999. Besonders stechen für dieses Jahr die hohen Staatsingriffe und die hohe Staatsquote ins Auge. Gerade in diesen Bereichen haben seitdem erhebliche Verbesserungen eingesetzt. Wermutstropfen bleiben die Zunahme der Schattenwirtschaft, von der man hofft, dass sie nach den jüngsten Steuerreformen zurückgeht, und die unbefriedigende Situation bei den Eigentumsrechten und der Marktregulierung. Die Verbesserung der übrigen Komponenten des Indexes zeigte jedoch im internationalen Vergleich ihre Wirkung. Lag die Slowakei 1998 noch weit hinter allen EU-Staaten zurück, so konnte sie in diesem Jahr Griechenland und Frankreich hinter sich lassen und fast zu Spanien und Italien aufschließen.

Bestätigt wird diese Entwicklung auch durch den Vergleich der institutionellen Entwicklung, wie sie von den Governance-Indikatoren der Weltbank gemessen wird (Tabelle 2). Lediglich bei den judikativen Institutionen konnten keine Fortschritte erreicht werden, und die Entwicklung der administrativen Institutionen hinkt etwas hinter denen der legislativen Institutionen hinterher. Dies entspricht jedoch dem allgemeinen Muster in den neuen Mitgliedsländern (vgl. Gawrich und Schweickert 2004). Um die Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des *Acquis Communautaire* zügig zum Abschluss zu bringen, musste offensichtlich die Umsetzung von Gesetzen etwas zurückstehen. Demnach liegt das Reformtempo der Slowakei gemessen am Gesamtindex über dem aller EU-15-Staaten. Dabei ist das Niveau der institutionellen Entwicklung inzwischen nur noch etwas niedriger als in den alten Mitgliedsländern Griechenland und Italien.

Aufgrund dieser Fortschritte wurde die Slowakei von der Weltbank im letzten Jahr zum Top-Reformer erklärt (World Bank 2004). Allerdings ist die Transformation noch nicht ganz beendet, und die Regierung drückt nach wie vor auf das Reformtempo. Im Konvergenzprogramm der Slowakei für die Jahre 2004–2010 hat sich das Finanzministerium (MF SR) als Hauptziel der Wirtschaftspolitik ein hohes und langfristig nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit einen schnelleren Anstieg der Lebensqualität zum Ziel gesetzt (MF SR 2004e). Dazu sollen folgende Politikbereiche beitragen:

Tabelle 1:

Komponenten des Indexes der ökonomischen Freiheit für die Slowakei 1995–2004<sup>a</sup>

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Komponenten</b>									
Handelspolitik	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0	2,0	2,0	3,0	3,0
Staatsquote	4,8	3,8	4,1	4,8	3,8	4,0	3,1	2,6	2,9
Staatseingriffe in die Wirtschaft	4,0	5,0	5,0	5,0	5,0	2,5	3,0	2,0	2,0
Geldpolitik	4,0	3,0	3,0	3,0	2,0	3,0	3,0	3,0	2,0
Kapitalverkehr	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Finanzmärkte	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,0	2,0	1,0
Löhne und Preise	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,0
Eigentumsrechte	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Marktregulierung	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Schattenwirtschaft	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,5	3,5	3,5
<b>Gesamtindex</b>									
Slowakei	3,18	3,18	3,31	3,38	3,18	2,85	2,76	2,71	2,44
EU-15	2,29	2,41	2,20	2,18	2,17	2,10	2,13	2,10	2,11
Belgien	2,06	2,03	2,05	2,06	2,14	2,10	2,10	2,10	2,19
Dänemark	2,13	1,98	2,11	2,13	2,29	2,10	1,79	1,71	1,80
Deutschland	2,26	2,25	2,36	2,26	2,24	2,04	2,00	2,03	2,03
Finnland	2,34	2,17	2,09	2,19	2,06	2,04	1,89	1,85	1,95
Frankreich	2,31	2,33	2,34	2,34	2,44	2,49	2,85	2,74	2,63
Griechenland	2,95	5,81	2,89	2,88	2,69	2,69	2,84	2,79	2,80
Irland	2,14	2,14	1,91	1,88	1,81	1,60	1,73	1,73	1,74
Italien	2,56	2,41	2,34	2,24	2,21	2,21	2,28	2,31	2,26
Luxemburg	1,99	1,96	1,96	1,95	1,84	1,79	1,88	1,68	1,71
Niederlande	1,89	1,88	2,03	2,01	2,03	1,84	2,03	2,00	2,04
Österreich	2,06	2,03	2,08	2,08	1,98	2,03	2,08	2,08	2,08
Portugal	2,60	2,41	2,41	2,31	2,34	2,33	2,30	2,40	2,38
Schweden	2,53	2,25	2,24	2,20	2,15	2,03	1,88	1,88	1,90
Spanien	2,73	2,50	2,40	2,41	2,51	2,49	2,41	2,31	2,31
Vereinigtes Königreich	1,85	1,95	1,85	1,81	1,85	1,78	1,83	1,88	1,79

<sup>a</sup>Die Bewertung der Komponenten erfolgt auf der Basis von Schulnoten zwischen 1 und 5; der Gesamtindex ist ein ungewichteter Durchschnitt der Komponenten.

Quelle: Heritage Foundation (Ifrl. Jgg.); eigene Berechnungen.

- eine Fiskalpolitik, die auf Transparenz, Verantwortlichkeit und Effizienz basiert;
- eine Geld- und Wechselkurspolitik, die an der Preis- und Wechselkursstabilität orientiert ist;
- Arbeits-, Wettbewerbs- und Finanzmarktpolitiken mit den Zielen, die strukturelle Arbeitslosigkeit bis 2010 unter 12 Prozent zu senken, die Produktivität durch Investitionen, höheren Konkurrenzdruck, Liberalisierung, Unternehmensförderung und effektive Regulierung von Güter- und Finanzmärkten zu verbessern.





### 3. Konvergenz und makroökonomische Risiken

#### a. Fiskalische Konsolidierung

Trotz eines restriktiven fiskalpolitischen Kurses konnte das Staatsdefizit nur langsam gesenkt werden und stieg zunächst sogar an. Die Gründe hierfür waren die Kosten der Restrukturierung der Staatsbanken sowie die Bedienung von Staatsgarantien und die ungünstige Entwicklung im Gesundheitssektor (Okáli et al. 2003). Erst 2003 konnte sich die Slowakei dank der realisierten Konsolidierungsmaßnahmen der durch die Maastricht-Kriterien definierten 3-Prozent-Grenze für das Staatsdefizit weitgehend annähern (Tabelle 3).

Tabelle 3:

Staatsfinanzen in der Slowakei 1999–2003 (in Prozent des BIP)

	1999	2000	2001	2002	2003
Öffentliches Defizit	-7,1	-12,3	-6,0	-5,7	-3,6
Öffentlicher Schuldenstand	43,8	49,9	48,7	43,3	42,8

Quelle: Eurostat (2004b); European Commission (2004b).

Aufgrund des noch immer über 3 Prozent des BIP liegenden Staatsdefizits hat die Europäische Kommission im Mai dieses Jahres wie im Fall von fünf weiteren neuen Mitgliedsländern zwar formal ein Defizitverfahren eingeleitet (European Commission 2004a). Im Gegensatz zu den alten Mitgliedsländern steht den neuen Mitgliedsländern jedoch auch formal mehr Zeit zur Verfügung, um die Defizite auf unter 3 Prozent zu reduzieren.

In den kommenden drei Jahren ist jedoch wegen der Kosten der Rentensystemreform keine weitere Senkung des Staatsdefizits zu erwarten. Risiken sind auch mit der Reform des Gesundheits- und Steuersystems verbunden. Nach dem Konvergenzprogramm der Slowakei für die Jahre 2004–2010 soll das Kriterium für das Defizit der öffentlichen Finanzen 2007 erfüllt werden (MF SR 2004e). Dazu sollen die bereits im letzten und in diesem Jahr durchgeführten Reformen wesentlich beitragen. Um die Verlässlichkeit der Fiskalpolitik weiter zu erhöhen, hat das Finanzministerium auch einen ersten Dreijahresplan für 2005–2007 vorgelegt (MMF 2004).

Dank eines niedrigen Schuldenstands vor Beginn der Transformation erfüllt die Slowakei das Schuldenkriterium. Diese günstige Situation hatte sich zunächst wegen der Restrukturierung des Bankensektors verschlechtert. Seitdem nutzt die Regierung die Privatisierungseinkommen für die Reduzierung der Verschuldung und für die Finanzierung der Rentenreform. Die öffentliche Verschuldung ist so im vorigen Jahr moderat gesunken, wird aber nach der Prognose des Finanzministeriums in den nächsten Jahren die 45-Prozent-Marke überschreiten (MF SR 2004e). Die weitere Stabilisierung dürfte wesentlich davon abhängen, ob die zuletzt durchgeführten Reformen im Staatssektor nicht zu Einnahmeverlusten führen und stattdessen das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Zu diesen Re-

formen gehören die Reformen der Steuer-, Renten-, Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme (für einen Überblick vgl. auch DekaBank 2004: 2–3).

*Die Steuersystemreform:* Die neue Steuergesetzgebung ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Sie bringt eine höhere Transparenz, eine Vereinfachung der Steuergesetze und eine Verschiebung der Steuerbelastung von direkten zu indirekten Steuern mit sich. Die Einkommens-, Körperschafts- und Mehrwertsteuersätze betragen nun einheitlich 19 Prozent (MF SR 2004a). Der Einkommenssteuersatz lag vorher zwischen 10 und 38 Prozent, der Körperschaftssteuersatz bei 25 Prozent. Die Unternehmensbesteuerung ist mit dieser Reform eine der niedrigsten in Europa und dürfte daher die Entscheidungen der ausländischen Investoren zugunsten der Slowakei wesentlich beeinflussen. Die neue Gesetzgebung bedeutet auch eine Vereinfachung der Grunderwerbsteuer, die wie die Einkommenssteuer nicht mehr auf einem progressiven Tarif (0,5–6 Prozent) basiert, sondern einheitlich festgesetzt wird (3 Prozent). Ab 1. Januar 2005 wird diese Steuer komplett abgeschafft. Der Standardsteuersatz für die Mehrwertsteuer betrug vor der Reform 20 Prozent bzw. als ermäßigter Satz 14 Prozent. Die Steuerreform wird in diesem Fall insgesamt zu einem höheren Steuersatz führen. Zurzeit ist es schwer, die Wirkung der Steuerreform auf den Staatshaushalt abschließend zu bewerten. Die Planungen des Finanzministeriums gehen davon aus, dass sie neutral ist, d.h. dass die Einnahmeausfälle in der Einkommens- und Körperschaftsteuer durch höhere Erträge aus indirekten Steuern kompensiert werden. Dies hängt allerdings vor allem davon ab, ob die Umgehung der Mehrwertsteuer verhindert werden kann. Laut aktualisiertem Konvergenzprogramm liegen die Steuereinnahmen zurzeit über den geplanten Werten (MF SR 2004f). Sollte dies nachhaltig sein und es zu den erhofften positiven Wirkungen auf die ganze Wirtschaftsaktivität kommen, könnte die Slowakei ihr Konvergenzziel sogar eher erfüllen.

*Rentensystemreform:* In diesem Jahr wurde auch die Rentenreform durchgeführt mit dem Ziel, höhere und gerechtere Renten zu sichern (MPSVR SR 2004). Das neue Rentensystem basiert auf drei Säulen. Für die erste Säule, die vom alten System übernommen wird, gilt das Umlageverfahren, für die zweite und dritte Säule das Kapitaldeckungsverfahren. Dadurch soll der Zusammenhang zwischen erbrachten Einzahlungen und erhaltenen Rentenzahlungen hergestellt werden. Die erste Säule wird vom alten Rentensystem gebildet. Arbeitgeber zahlen 7 Prozent und Arbeitnehmer 4 Prozent des Bruttolohns. Neben dieser ersten Säule ist auch die zweite Säule, in die die Arbeitgeber 9 Prozent des Bruttolohns einzahlen, obligatorisch. Die dritte Säule ist freiwillig und besteht aus privaten Rentenversicherungen. Außerdem wird das Rentenalter allmählich auf 62 Jahre erhöht.

*Sozialversicherungssystemreform:* Der Zweck dieser Reform besteht in der sozialen Sicherung und in der Erhöhung der Motivation, einen Arbeitsplatz aktiv zu suchen, da die Zuwendungen an Personen, die sich nicht genügend um eine Schulung oder einen Arbeitsplatz bemühen, gekürzt werden. Die Arbeitslosen

müssen sich zweimal monatlich beim Sozialamt melden, sonst verlieren sie ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Dies soll den Missbrauch des Bezugs der Leistungen einschränken, da es nicht mehr so leicht wird, zugleich Arbeitslosengeld zu beziehen und im Ausland schwarz zu arbeiten.

*Gesundheitssystemreform:* Im Rahmen dieser Reform wurde 2003 eine höhere Eigenbeteiligung im Fall von Medikamenten und Dienstleistungen eingeführt, die nicht der Basisversorgung zuzurechnen sind. Alles andere wird weiter vom Staat bezahlt. Im Oktober 2004 wurden noch sechs neue Gesetze im Parlament verabschiedet (MZ SR 2004). Diese Gesetze haben zum Ziel, die Effizienz des Gesundheitssystems durch stärkeren Wettbewerb zu verbessern. Die Krankenhäuser und Krankenkassen sollen zu Aktiengesellschaften ohne Staatsgarantie werden. Außerdem kann nach den neuen Gesetzen die Regierung die Gebühren für Patienten anpassen.

Insgesamt werden diese Reformmaßnahmen durchaus auch kritisch gesehen und könnten die politische Stabilität, die Voraussetzung für die Weiterführung des Reformprozesses, gefährden. So bedeutet die Steuerreform vor allem eine Belastung kleiner und eine Entlastung hoher Einkommen. Die Regierung setzt hier darauf, dass eine wirtschaftliche Dynamik in Gang kommt, die letztlich auch die Bezieher kleiner Einkommen besser stellt. Das gleiche Kalkül gilt für die Arbeitsmarktreform. Problematisch sind dabei die regionalen Verteilungswirkungen. Während die Wirtschaft im Westen des Landes boomt, bleibt der Osten weiter zurück (OECD 2004).

Auch allgemein zeigt der Arbeitsmarkt (noch) keine Dynamik. Der Beschäftigungsgrad liegt wesentlich unter dem OECD-Durchschnitt; ein Viertel der Jugendlichen geht weder zur Arbeit noch zur Schule. Positive Arbeitsmarktentwicklungen basieren vollständig auf den ausländischen Direktinvestitionen, ohne dass es, wie in anderen Schwellenländern, gelingt, in den Hochwachstumsregionen eine positive Wirkung zugunsten weniger produktiver Tätigkeiten zu entfalten. Ob unter diesen Bedingungen die Rechnung der Regierung aufgeht und ohne höhere Staatsdefizite und politische Unruhen eine höhere Wachstumsdynamik zustande kommt, hängt kurzfristig davon ab, ob weitere Direktinvestitionen fließen. Selbst wenn dies der Fall ist, kann man aber offensichtlich nicht davon ausgehen, dass sich der Wachstumsprozess automatisch auf andere Sektoren der Wirtschaft und bisher zurückliegende Regionen überträgt.

#### *b. Monetäre Konvergenz*

Nach den besonders ungünstigen Ergebnissen im Jahre 1998 hat sich die Geldpolitik der NBS (Nationalbank der Slowakei) in der Periode 1999–2001 auf die Erneuerung der makroökonomischen Stabilität und die Gestaltung der Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum konzentriert. Hauptaugenmerk lag dabei auf der Stabilisierung des Bankensektors (Okáli et al. 2000; Okáli et al. 2001). Im monetären Bereich wurden in der Slowakei seit 1998 viele Maßnahmen getroffen, die das Land näher zur Europäischen Währungsunion (EWU) gebracht haben.

2001 ist durch das Inkrafttreten der neuen Verfassung der Zentralbank die institutionelle Voraussetzung für die Mitwirkung der NBS an der Geldpolitik der EWU geschaffen worden. Die Preisstabilität wurde das Hauptziel der NBS. Außerdem garantiert das neue Gesetz die völlige Unabhängigkeit der Zentralbank und verbietet die Finanzierung des Staatshaushaltsdefizits (Iša 2003a). Angesichts des relativ starken Einflusses von Änderungen regulierter Preise auf die Inflationsrate wird bis jetzt kein explizites Inflationsziel definiert. Die NBS informiert aber jährlich über ihre monetäre Strategie, wobei die Prognose der kurzfristigen Inflation für nächstes Jahr als implizites Ziel der Geldpolitik angesehen werden kann (MF SR 2004e).

Auch die währungspolitischen Instrumente der NBS wurden denen der EWU angepasst. Bis 2000 war das Zwischenziel der NBS das monetäre Aggregat M2. Seit 2001 sind die monetären Aggregate nur noch Indikatoren der monetären Entwicklung. Stattdessen wurde der 2-Wochen-REPO-Zinssatz zum Grundinstrument der Steuerung der Geldpolitik (Iša 2003a). Die NBS hat im Rahmen der Harmonisierung ihrer Instrumente mit der Europäischen Zentralbank (EZB) auch den Mindestreservesatz auf 2 Prozent reduziert (NBS 2004d).

Unter den günstigen Bedingungen einer restriktiven Fiskalpolitik und einer Konsolidierung des Bankensektors liegt die Kerninflationsrate inzwischen unter 3 Prozent (Tabelle 4). Die Entwicklung der Konsumentenpreise wird in der Slowakei nach wie vor in erheblichem Maße von administrativen Eingriffen bestimmt. Bis 1998 wurde die Deregulierung der Preise hinausgeschoben mit einem entsprechenden Nachholbedarf in der folgenden Periode (Morvay et al. 2004). Aber auch in der Reformperiode hat die Regierung in die Preisbildung eingegriffen. Die sehr niedrige Inflationsrate im Wahljahr 2002 war die Konsequenz eines Preisderegulierungsstops, mit dessen Hilfe die Regierung den privaten Konsum anregen wollte (Okáli et al. 2003). Seit 2003 wird die Deregulierung der Preise wieder fortgesetzt. Zusammen mit der Erhöhung der Verbrauchssteuern im Zuge der Steuerreform bewirkt dies einen Wiederanstieg der Inflationsrate. Die NBS hat sich das Ziel gesetzt, das Maastricht-Kriterium für die Inflationsrate bis 2006 zu erfüllen. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Ge-

Tabelle 4:

Monetäre Indikatoren der Slowakei 1999–2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>a</sup>
Durchschnittliche Inflation (Prozent)	10,6	12,0	7,3	3,3	8,5	7,2–8,2
Kerninflation (Prozent)	7,0	4,6	3,2	1,9	3,0	2,9 <sup>b</sup> 2,6 <sup>c</sup>
Langfristige Zinssätze (Prozentsatz)	–	8,5	7,9	7,5	5,0	5,0
Basiszinssätze der NBS (Prozentsatz)	8,8	8,8	8,8	6,5	6,0	4,5
Wechselkurs SKK <sup>d</sup> /EUR	44,115	42,589	43,309	42,699	41,491	40,574 <sup>b</sup> 40,089 <sup>c</sup>

<sup>a</sup> Voraussetzung bzw. gegenwärtiger Wert. — <sup>b</sup> 1. Quartal 2004. — <sup>c</sup> 2. Quartal 2004. — <sup>d</sup> Slowakische Krone.

Quelle: NBS (2004a, 2004b, 2004c, 2004e, 2004f); eigene Berechnungen.

samtinflation auch der Kerninflation entsprechen (NBS 2004e). Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Fortsetzung der Konsolidation der öffentlichen Finanzen.

Als Zeichen einer (trotz der beschriebenen Probleme) erfolgreichen Geldpolitik können die sinkenden Zinssätze gewertet werden (Tabelle 4). Allerdings sind die langfristigen Zinssätze nur schwer zu bewerten, da die zehnjährigen Schuldscheine der Regierung erst seit 2000 emittiert werden. Die langfristigen Zinssätze haben dabei zunächst den Referenzwert überschritten. Dank des Rückgangs der Risikoprämie, der Inflation und der kurzfristigen Zinssätze sinken sie allmählich, und die Slowakei erfüllt dieses Kriterium bereits seit 2003.

Die NBS befürchtet nicht, dass es zur Überhitzung der Wirtschaft kommt, da sich die Kerninflation im Einklang mit den Prognosen entwickelt. Günstig für die monetäre Steuerung wirkt sich dabei bei einer starken Zufuhr kurzfristigen Kapitals der schwache private Verbrauch und die reale Aufwertung der Krone aus.

Die Entwicklung des realen Wechselkurses wurde durch die Neuorientierung bei der Geldpolitik auch nicht beeinflusst. Bis Oktober 1998 war das Ziel der Geldpolitik die Erhaltung eines fixen Wechselkurses der slowakischen Krone (SKK) gegenüber einem Währungskorb (60 Prozent D-Mark, 40 Prozent US-Dollar). Wegen hoher Reserveverluste der Zentralbank und externer Ungleichgewichte wurde dieses Regime abgeschafft und durch ein *managed floating* ohne offizielles Wechselkursziel ersetzt (Morvay et al. 2004). Als Referenzwährung diente zunächst die D-Mark und seit 1. Januar 1999 der Euro.

Trotz der Änderung des Wechselkursregimes und der damit zunächst verbundenen Abwertung des Wechselkurses hat sich der reale Wechselkurs der slowakischen Krone weiterhin stabil entwickelt (Abbildung 1). Seit Ende 2002 sind vor allem infolge der Zufuhr von kurzfristigem spekulativem Kapital und ausländischen Direktinvestitionen verstärkte Aufwertungstendenzen zu beobachten. Ob daraus makroökonomische Ungleichgewichte entstehen, wird im Wesentlichen von der realwirtschaftlichen Entwicklung und hier insbesondere von der Entwicklung von Handel und Direktinvestitionen abhängen. Änderungen des Wechselkursregimes sind derzeit nicht zu erwarten, weil das gegenwärtige System flexibel und konsistent mit einem Eintritt ins EWS II (Europäisches Währungssystem) ist. Dieser ist für 2006 geplant (MF SR 2004b), wenn es der Slowakei bei einer planmäßigen Entwicklung der fiskalischen Konsolidierung innerhalb der dann folgenden zwei Jahre möglich sein sollte, alle Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

### c. Realwirtschaftliche Konvergenz

Die realwirtschaftliche Entwicklung verlief in der Slowakei sehr ungleichmäßig. Erst seit dem Regierungswechsel Ende der 90er Jahre steht der Aufschwung auf einer nachhaltigen Basis. Tabelle 5 zeigt dabei den erheblichen Aufholbedarf der Slowakei. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 2003 lediglich 47 Prozent des EU-15-Durchschnitts und 51 Prozent des EU-25-Durchschnitts. Ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen unter den neuen Mitgliedsländern wiesen nur Polen und die drei baltischen Staaten auf. Die Slowakei würde bei der durchschnittlichen

Tabelle 5:

Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparitäten und vergleichende Preisniveauintizes in ausgewählten MOEL und in EU-15-Referenzländern 1999–2003 (in Prozent des EU-15-Durchschnitts)

Land	Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparität					Vergleichende Preisniveauintizes				
	1999	2000	2001	2002	2003 <sup>a</sup>	1999	2000	2001	2002	2003
Slowenien	67	67	68	69	70 (77)	70	68	69	71	72
Tschechien	60	59	60	62	63 (69)	42	44	47	52	48
Ungarn	48	49	52	53	56 (61)	43	45	47	53	53
<b>Slowakei</b>	<b>43</b>	<b>44</b>	<b>45</b>	<b>47</b>	<b>47 (51)</b>	<b>39</b>	<b>41</b>	<b>41</b>	<b>42</b>	<b>47</b>
Poland	42	42	42	42	42 (46)	45	49	55	53	47
Estland	36	38	39	41	42 (46)	50	50	53	56	57
Litauen	34	35	37	40	42 (46)	39	44	45	45	46
Lettland	31	32	34	36	36 (39)	43	48	49	48	45
Spanien	84	83	84	86	87 (95)	80	81	83	83	86
Griechenland	65	66	67	71	73 (80)	78	75	76	76	78
Portugal	70	70	71	71	69 (75)	71	71	72	73	75

<sup>a</sup> Die Angaben in den Klammern gehen vom EU-25-Durchschnitt aus.

Quelle: Eurostat (2004a).

Wirtschaftswachstumsrate von 4,7 Prozent erst im Jahr 2018 etwa 75 Prozent des EU-15-Durchschnitts und erst 2013 etwa 75 Prozent des EU-25-Durchschnitts erreichen (Gabrielová, Páleník et al. 2003).

Dabei überdecken diese Durchschnittswerte die erheblichen regionalen Unterschiede, die schon im Zusammenhang mit der Reform des Staatssektors besprochen wurden. Das höchste Niveau erreicht die Region der Hauptstadt Bratislava (102 Prozent des EU-15-Durchschnitts). Unter den neuen EU-Mitgliedsländern wurde 2001 nur in der Region um die tschechische Hauptstadt Prag (135 Prozent) ein ähnlich hoher Wert erzielt. Dagegen gehören die ostslowakischen Regionen mit durchschnittlich 34 Prozent zusammen mit einigen polnischen Regionen zu den am wenigsten entwickelten Regionen der EU-25 (Étrend 2004).

Dem Nachholbedarf beim Pro-Kopf-Einkommen entspricht auch ein Nachholbedarf beim Preisniveau (Tabelle 5). Mit einem realwirtschaftlichen Aufholprozess ist mittelfristig eine reale Aufwertung verbunden. Hier verlief die Entwicklung in der Slowakei moderater als in den anderen neuen Mitgliedsländern der EU. Trotz eines schnelleren Wachstums des Preisniveaus im Vergleich zur EU-15 verzeichnete die Slowakei bis 2002 den niedrigsten Wert unter den Kandidatenländern. 2003 erreichte die Slowakei zusammen mit Polen nach Litauen und Lettland das drittniedrigste Niveau (47 Prozent).<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Den Aufholbedarf zeigt auch der Vergleich mit den EU-Referenzländern Spanien, Griechenland und Portugal. Einen vergleichbaren Konvergenzgrad bei Einkommen und Preisen gibt es zurzeit unter den neuen Mitgliedsländern nur in Slowenien und der Tschechischen Republik. Die Slowakei liegt hier um mehr als 20 Prozentpunkte hinter den jeweiligen EU-Schlusslichtern.

Entscheidend für den Prozess der realen Aufwertung wird die Entwicklung der Produktivität und des externen Gleichgewichts sein. Die Produktivität in der Slowakei liegt bei 55 Prozent des EU-15-Durchschnitts (MF SR 2004b). Sie ist infolge der Reformpolitik sowie der ausländischen Direktinvestitionen vor allem seit 2001 viel schneller gewachsen als in der EU (MF SR 2004d). Die Reallöhne sind dagegen seit 1999 (Tabelle 6) nahezu konstant geblieben. Die Konkurrenzfähigkeit sowie die Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen dürfte also weiter zugenommen haben.

Tabelle 6:

Makroökonomische Entwicklung der Slowakei 1999–2003 (Mrd. SKK<sup>a</sup>)

	1999	2000	2001	2002	2003
Reales Wachstum des BIP (Prozent)	1,5	2,0	3,8	4,4	4,2
Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (Prozent)	4,2	2,8	1,8	4,3	3,4
Wachstumsrate der Reallohn (Prozent)	-3,1	-4,9	0,8	3,8	-2,0
Arbeitslosigkeit (Prozent)	16,2	18,6	19,2	18,5	17,4
Handelsbilanzsaldo	-45,2	-41,8	-103,2	-96,0	-23,6
Exporte	423,6	548,5	610,7	652,0	803,0
Importe	468,9	590,3	713,9	748,0	826,6
Leistungsbilanzsaldo	-40,6	-32,9	-84,4	-87,2	-10,3
Leistungsbilanzsaldo (Prozent des BIP)	-5,0	-3,7	-8,5	-8,1	-0,9
Kapitalbilanzsaldo	80,2	59,0	86,0	239,3	61,9
Ausländische Direktinvestitionen (FDI, insgesamt)	16,7	99,6	61,4	185,6	37,8
Zahlungsbilanzsaldo	30,1	34,2	6,9	160,6	51,9

<sup>a</sup> Falls nicht anders aufgeführt.

Quelle: NBS (2004a, 2004f); Okáli (2004); ŠÚ SR (2004d).

Gemessen daran hat sich das Wirtschaftswachstum nur zögerlich erhöht. Außerdem stieg die Arbeitslosigkeit auf fast 20 Prozent (Tabelle 6) und ist bisher noch nicht unter das Niveau zu Beginn des Reformprozesses zurückgegangen. Die radikalen Reformmaßnahmen wurden allerdings erst seit 2002 durchgeführt und brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten.

Unter den Bedingungen einer restriktiven Fiskalpolitik wird das Wachstum der slowakischen Wirtschaft weitgehend vom Export getragen (European Commission 2004b). Die Exporte sind in heimischer Währung von 1993 bis 2003 um etwa 70 Prozent gestiegen. Dennoch betrug der Leistungsbilanzsaldo zeitweilig mehr als 8 Prozent des BIP (Tabelle 6). Dafür waren die hohen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und der damit verbundene Importbedarf mitverantwortlich, die gleichzeitig dafür sorgten, dass der Zahlungsbilanzsaldo positiv blieb. Positive Effekte der Direktinvestitionen auf die Exportentwicklung werden für 2005 bis 2007 vor allem im Automobilssektor erwartet.

Hier offenbaren sich wiederum neben den Chancen auch die Risiken des slowakischen Reformprozesses. Die externe Stabilität hängt unmittelbar von der Stabilität der Direktinvestitionen ab. Außerdem zeigt sich eine sehr hohe sektore-

rale und regionale Konzentration. Ein Viertel der gesamten Direktinvestitionen kommt aus Deutschland und ungefähr 15 Prozent stammen aus den Niederlanden und Österreich. Dabei dominieren deutsche und niederländische Investitionen im Industriesektor, österreichische und italienische dagegen im Bankensektor (Tabelle 7). Mehr als zwei Drittel entfällt auf die Region Bratislava, die anderen Regionen sind für die Investoren wegen ungenügender Infrastruktur meist weniger interessant (Abbildung 2). Die größten Investitionen im Automobilssektor fanden somit ausschließlich im westlichen Landesteil statt. Sie erhöhen die regionalen Unterschiede mit den bereits diskutierten Folgen und hängen stark von der Konjunktur in der EU und im Automobilssektor ab.

Tabelle 7:

Struktur der ausländischen Direktinvestitionen in der Slowakei nach Herkunftsland und nach Sektoren (Stand: Juni 2004)

	Nichtbanken		Banken		Insgesamt	
	Mill. SKK	Prozent	Mill. SKK	Prozent	Mill. SKK	Prozent
Insgesamt	301 775	100,0	66359	100,0	368 134	100,0
Deutschland	85 749	28,4	1 102	1,7	86 851	23,6
Niederlande	59 508	19,7	595	0,9	60 103	16,3
Österreich	20 408	6,8	32 564	49,1	52 972	14,4
Italien	4 873	1,6	24 143	36,4	29 016	7,9
Frankreich	26 359	8,7	515	0,8	26 874	7,3
Großbritannien	24 744	8,2	349	0,5	25 093	6,8
Ungarn	22 557	7,5	1 946	2,9	24 503	6,7
Tschechien	16 569	5,5	3 495	5,3	20 064	5,5
Vereinigte Staaten	13 538	4,5	1 650	2,5	15 188	4,1
Schweiz	4 670	1,5	0	0,0	4 670	1,3
Andere Länder	22 800	7,6	0	0,0	22 800	6,2

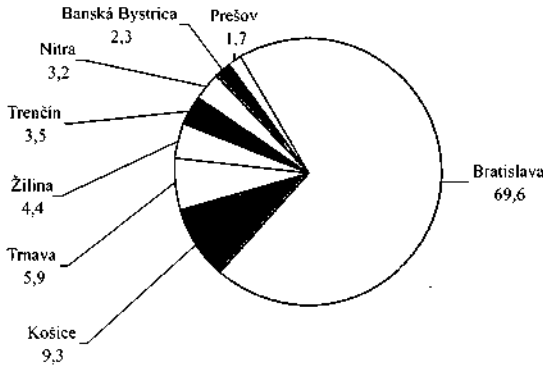
Quelle: NBS (2004f); eigene Berechnungen.

Bei der gegebenen Unsicherheit über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich die Entwicklung des realen Wechselkurses für die nächsten Jahre nur schwer abschätzen. Bei einer positiven Entwicklung der externen Faktoren wird es auf die Entwicklung von Produktivität und Löhnen ankommen. Zurzeit liegt das relative Lohnniveau mit 40 Prozent des EU-15-Durchschnitts deutlich unterhalb des relativen Produktivitätsniveaus von 55 Prozent. Nach der Senkung im vorigen Jahr (Tabelle 6) wird ein moderater Zuwachs der Reallöhne in diesem Jahr und ab 2005 ein Zuwachs in Höhe von ca. 3 Prozent erwartet (MF SR 2004c). Dabei wirkt sich die strikte Lohnpolitik im öffentlichen Sektor und die hohe Arbeitslosigkeit dämpfend auf die Lohnentwicklung aus. Andererseits wurde aber bereits beschrieben, dass der slowakische Arbeitsmarkt segmentiert ist. Daraus könnten weitere erhebliche Lohnsteigerungen in den boomenden Regionen bzw. Sek-



Abbildung 2:

Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen in der Slowakei nach Regionen (Stand: Juni 2004) (Prozent)



Quelle: NBS (2004f).

toren resultieren. Zurzeit erreichen die Löhne in der Region Bratislava mehr als 130 Prozent des slowakischen Durchschnitts (ŠÚ SR 2004a).

#### 4. Nutzen und Kosten der Währungsunion

##### a. Der Weg in die Währungsunion

Nach dem Beitritt zur EU stellt sich für die Slowakei die Frage, *wann* das Land vollständig an der EWU teilnimmt. Seit dem EU-Beitritt nimmt die Slowakei bereits partiell an der EWU teil, und die NBS ist Teil des Systems der Europäischen Zentralbanken. Allerdings gilt für die Slowakei und die anderen neuen Mitgliedsländer zunächst der Ausnahmestatus nach Artikel 122 des EG-Vertrages. Dies bedeutet, dass sie den Euro zunächst nicht einführen müssen bzw. dürfen und dass sie die Geldpolitik der EZB nicht mitbestimmen können. Dies gilt grundsätzlich auch für die alten Mitgliedsländer Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Im Wesentlichen wird der weitere Prozess durch den Beitritt zum EWS II bestimmt, der zeitlich nicht festgelegt ist. Dieser Beitritt findet nur auf Antrag des jeweiligen Landes statt. Bisher sind lediglich Estland, Litauen und Slowenien dem EWS II beigetreten. Die so genannten Maastricht-Kriterien verlangen vor einer Einführung des Euro

- eine zweijährige, spannungsfreie Teilnahme am EWS II ohne einseitige Abwertung und innerhalb der normalen Bandbreiten,
- eine Inflationsrate nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex, die um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt für die drei Mitgliedsländer mit den niedrigsten Inflationsraten liegt,

- einen langfristiger Zinssatz, der den durchschnittlichen langfristigen Zinssatz in diesen drei Ländern um weniger als 2 Prozentpunkte überschreitet,
- ein Defizit des Staatshaushalts von höchstens 3 Prozent des BIP sowie
- eine Staatsverschuldung, die höchstens 60 Prozent des BIP beträgt oder sich, wenn sie über 60 Prozent liegt, diesem Wert hinreichend schnell annähert.

Zurzeit erfüllt keines der neuen Mitgliedsländer diese Bedingungen (EZB 2004). Tabelle 8 zeigt, dass die Slowakei zurzeit sowohl bei der Inflationsrate als auch beim Staatsdefizit noch über der geforderten Norm liegt. Die slowakische Regierung beabsichtigt, die Konvergenzkriterien spätestens bis 2007 zu erfüllen und erst 2006 dem EWS II beizutreten. Das gemeinsame Dokument des MF SR und der NBS unter dem Titel „Strategie für den Beitritt der Slowakei zur EWU“ sieht vor, dass die Slowakei 2009 den Euro einführt (MF SR 2004b). Das MF SR hat außerdem ein „Konvergenzprogramm der Slowakei für Jahre 2004-2010“ ausgearbeitet, das im Mai dieses Jahres der Europäischen Kommission vorgelegt wurde (MF SR 2004e). Die monetäre Integrationsstrategie der Slowakei ist also auf die mittlere Frist angelegt. Sie wird wirtschaftspolitisch durch den Plan zur weiteren Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur vollständigen Deregulierung der Preise bestimmt, die 2006 abgeschlossen sein sollen. Dies bedeutet auch, dass die Slowakei die Teilnahme am EWS II als Risiko einschätzt und erst beitreten will, wenn die Erfüllung aller Maastricht-Kriterien in den folgenden beiden Jahren nachhaltig gesichert ist. Bei den in Abschnitt 3 beschriebenen Risiken des radikalen Strategiewechsels der Slowakei scheint dies eine realistische Einschätzung des Reformpotentials und der Anpassungsflexibilität der slowakischen Wirtschaft zu sein.

*Tabelle 8:*

Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in der Slowakei 2004

	Inflationsrate	langfristiger Zins	Haushaltsdefizit	Staatsverschuldung
Slowakei	8,2	5,6	-4,1	45,1
Euroland	1,8	4,1	-2,7	70,9
Kriterium	2,4	6,1	-3,0	60,0

Quelle: Gern et al. (2004).

Bei einem zu frühen Beitritt zum EWS II müsste die Slowakei dem Wechselkursziel wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Selbst wenn dies keine Probleme bereiten sollte, würde ein früher Beitritt bei noch nicht nachhaltig vollzogenem Reformprozess weitere Risiken bringen. Die Durchführung der Fiskalpolitik ist seit dem EU-Eintritt durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt beschränkt. Das Verfahren bei übermäßigem Defizit gilt zwar vor der Einführung des Euro nur eingeschränkt. Offensichtlich wird aber von der Slowakei unter diesen Bedingungen der Nutzen eines raschen Beitritts als nicht sehr hoch eingeschätzt.

*b. Was kann von einer Mitgliedschaft erwartet werden?*

Die Integration in eine Währungsunion mit einer stabilen Ankerwährung kann grundsätzlich drei Vorteile haben (Backé und Wójcik 2004). Ein Vorteil ist, dass sich aufgrund sinkender Transaktionskosten positive Effekte für Handel und Wachstum ergeben könnten. Die empirischen Befunde zu diesem Zusammenhang sind jedoch widersprüchlich. Erste Untersuchungen (z.B. Rose 2000) ergaben zwar, dass Länder mit einer gemeinsamen Währung mehr als dreimal soviel miteinander handeln als Länder mit unterschiedlichen Währungen. Nachfolgeuntersuchungen konnten diesen starken Zusammenhang jedoch nicht bestätigen (Nitsch 2002; Pakko und Wall 2001; Persson 2001). Insbesondere für die alten Mitgliedsländer der EU konnte keine signifikante Erhöhung des Handels bei Eintritt in die Währungsunion festgestellt werden (Vinhas de Souza 2002). Ein Grund dafür, dass insbesondere in Europa die zu erwartenden realwirtschaftlichen Gewinne aus einer Währungsunion eher gering ausfallen, wird deutlich, wenn man den zugrunde liegenden Transmissionsmechanismus betrachtet, der in den meisten Studien vernachlässigt wird (Gern et al. 2004).

Handelsgewinne durch die Währungsunion basieren auf der Erwartung von geringeren Transaktionskosten aufgrund einer geringeren Unsicherheit über die Entwicklung des realen Wechselkurses, d.h. des Preises der gehandelten Güter relativ zu den nichtgehandelten Gütern. Nach 1999, d.h. nach der endgültigen Festlegung der Paritäten, entwickelten sich die realen Wechselkurse in den nicht an der Währungsunion teilnehmenden Ländern ähnlich wie in den teilnehmenden Ländern. Die Änderungen der realen Wechselkurse in den neuen Mitgliedsländern ist zwar stärker ausgeprägt, wird aber eindeutig von einem Aufwertungstrend bestimmt, der sowohl durch den wirtschaftlichen Aufholprozess als auch durch eine anfängliche Unterbewertung erklärt wird. Die starken Änderungen des realen Wechselkurses waren also prognostizierbar. Dieser Befund wird auch durch die Betrachtung der Schwankungen des realen Wechselkurses innerhalb eines Jahres gestützt. Diese Schwankungen waren in den Nicht-Euro-Ländern nur geringfügig höher als in Euroland. Auch für die neuen Mitgliedsländer der EU sind die Schwankungen der realen Wechselkurse nahezu auf das Niveau der alten Mitgliedsländer gesunken.

Der Eintritt in die Währungsunion kann somit wenig zu einer weiteren Absenkung von unerwarteten Schwankungen der realen Wechselkurse beitragen. Allerdings ist zu beachten, dass für die meisten der neuen Mitgliedsländer der Anpassungsprozess stets von der Möglichkeit bestimmt wurde, am Ende Mitglied in der EU bzw. in der EWU zu werden. Dies dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die neuen Mitgliedsländer Kurs halten konnten.

Das führt zu einem weiteren möglichen Vorteil des Eintritts in eine Währungsunion, dem Gewinn an Glaubwürdigkeit. Das Argument ist hier, dass der Eintritt in die Währungsunion der nationalen Zentralbank die Hände bindet und somit der Versuchung, eine höhere Inflationsrate zu erlauben als angekündigt, einen Riegel vorschiebt. Gleichzeitig entfällt auch die Risikoprämie für Schwankungen zwischen der nationalen Währung und der Ankerwährung; dadurch könnten

die langfristigen Zinsen sinken und stabiler sein. Dies hätte wiederum positive Wirkungen auf Investitionen und Wachstum.

Allerdings ergibt sich dieser Gewinn nicht zwangsläufig und auch nicht ausschließlich über die Währungsunion, da Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik auch im nationalen Rahmen hergestellt werden kann. Sie hängt grundsätzlich von der Konsistenz und der Nachhaltigkeit der Reformstrategien ab. Es ist ein Trugschluss, dem schon viele Schwellen- und Entwicklungsländer verfallen sind, dass die Wechselkursfixierung per se mehr Glaubwürdigkeit schafft. Vielmehr verlangt sie, will sie auf Dauer erfolgreich sein, nach ihrer Einführung ein sehr ambitioniertes Reformprogramm. Steht diesem Reformbedarf nicht ein entsprechendes Reformpotential gegenüber, so ist die Strategie zum Scheitern verurteilt (Schweickert 1996).

Wie schon bei der Betrachtung der realen Wechselkurse deutlich wurde, haben die neuen Mitgliedsländer, gestützt durch den europäischen Integrationsprozess, den Anpassungsprozess dank eigener Reformen weitgehend bewältigt. Dies zeigt sich dann auch bei den langfristigen Zinssätzen (soweit diese schon mit denen der alten Mitgliedsländer vergleichbar sind), die sich wie die realen Wechselkurse weitgehend dem Niveau der alten Mitgliedsländer genähert haben. Diese Gewinne aus der monetären Integration sind also schon vor Eintritt in die Währungsunion realisiert worden. Weitere Gewinne bleiben also begrenzt. Es geht darum, das bisher Erreichte durch den Eintritt in die EWU zu sichern. Das EWS II kann dabei nicht helfen.

Zu diskutieren ist in diesem Zusammenhang ein weiterer, oft ins Feld geführter Vorteil der Währungsunion – die Absicherung von Wechselkursrisiken. Unabhängig von einer Währungsunion könnten zwar Risiken exzessiver und/oder schwankender Kapitalzuflüsse durch nationale Wirtschaftspolitiken beschränkt werden. Neben einem allgemein konsistenten Reformprogramm sind dies z.B. Maßnahmen zur Stärkung und Überwachung des Finanzsektors. Selbst bei soliden Fundamentaldaten ist jedoch nicht gewährleistet, dass es aufgrund sich ändernder Markterwartungen zu spekulativen Attacken kommen kann. Der Eintritt in das EWS II könnte das Wechselkursrisiko der neuen Mitgliedsländer nur reduzieren helfen, wenn es die Möglichkeit bieten würde, solche spekulativen Attacken zu bekämpfen. Genau dies ist jedoch nicht der Fall (Gern et al. 2004). Die EZB kann jederzeit ihre Interventionen beenden, wenn sie den Wert des Euro als gefährdet ansieht. Die neuen Mitgliedsländer, unter ihnen die Slowakei, können im Falle eines Beitritts zum EWS II also nicht auf die Hilfe der EZB vertrauen und sind immer noch erheblichen Währungsrisiken ausgesetzt, die die Stabilisierungserfolge gefährden können. Für die Slowakei stellt sich deshalb die Frage, inwieweit die Voraussetzungen für die Vollendung der monetären Integration gegeben sind und wie schnell der Übergang zur Währungsunion zu schaffen ist.

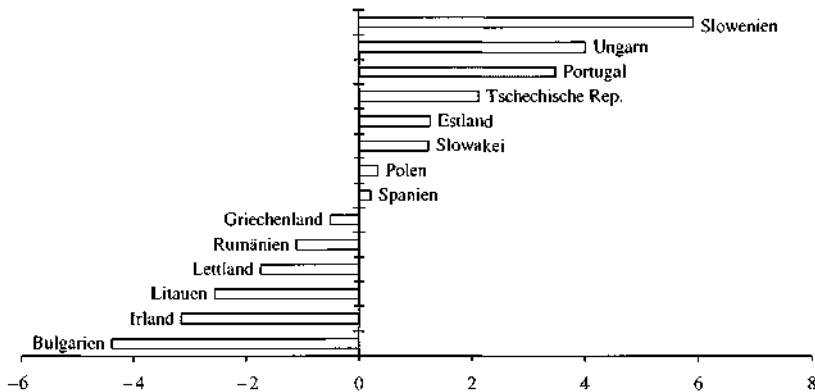
### *c. Erfüllt die Slowakei die Voraussetzungen?*

Der Vorteil der fortgeschrittenen monetären Integration in Europa ist, dass es Erfahrungen aus der Gründung einer Währungsunion, bei der auch Länder mit

geringerem Einkommen beteiligt wurden, bereits gibt. Ein Vergleich der neuen Mitgliedsländer mit den EWU-Referenzländern Irland, Spanien, Portugal und Griechenland kann deshalb Aufschluss darüber geben, ob die neuen Mitgliedsländer gemessen am durchschnittlichen Abschneiden der Referenzländer für die Teilnahme an der Währungsunion geeignet wären.

Untersuchungen von Schweickert (2001) zeigen, dass die Slowakei zur Gruppe der neuen Mitgliedsländer gehört, die sogar einen höheren Nutzen aus der Währungsunion ziehen als der Durchschnitt der EWU-Referenzländer (Abbildung 3). Von vier EWU-Referenzländern ergibt sich nur für Portugal ein günstigerer Wert. Bemerkenswert ist auch, dass Irland als relativ ungeeignet für eine Währungsunion mit der EU erscheint. Dies weist darauf hin, dass die Kriterien aus der Theorie der optimalen Währungsräume nicht überinterpretiert werden sollten. Sie weisen allerdings auf mögliche Risiken hin.

Abbildung 3:  
Nutzen einer Währungsunion in den MOEL und EWU-Referenzländern<sup>3</sup>



<sup>3</sup> Die standardisierte, ungewichtete Summe aus der Analyse von acht Einzelindikatoren gibt die Abweichung vom Durchschnitt der EWU-Referenzländer in Standardabweichungen an.

Quelle: Schweickert (2001).

Risikomindernd würde sich für die Slowakei bei einer Abschaffung des Wechselkursinstruments der hohe Offenheitsgrad und der hohe Umfang des Intra-EU-Handels auswirken. Von den neuen EU-Mitgliedsländern weisen nur Malta und Estland einen höheren Offenheitsgrad aus (Iša 2002b). Von Januar bis Juli 2004 betrug der Anteil des Handels mit der EU-25: 84 Prozent des Gesamtexports und 75 Prozent des Gesamtimports (ŠÚ SR 2004b).

Dagegen erhöht die zunehmende Spezialisierung der Produktions- und Handelsstrukturen das Risiko bei einem Beitritt zur EWU. Diese Spezialisierung ist vor allem die Folge des Zuflusses ausländischer Direktinvestitionen in den Automobilsektor. Der Anteil der Automobilindustrie an der gesamten Industrieproduktion beträgt mittlerweile 25 Prozent, der Anteil an der Beschäftigung

in der Industrieproduktion 11 Prozent und der Anteil am gesamten Export der Slowakei sogar fast 32 Prozent (ZAP SR 2004). Diese Anteile werden durch bereits geplante Direktinvestitionen in den Automobilsektor vermutlich in den kommenden Jahren noch ansteigen. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil bisher von diesen Direktinvestitionen keine Wachstumsdynamik in anderen arbeitsintensiveren Sektoren in Gang gesetzt wird. Ein Land mit geringer Diversifikation der Produktions- und Außenhandelsstruktur ist aber eher von asymmetrischen Nachfrage- und Angebotschocks betroffen. So weisen die Slowakei und die Tschechische Republik viel niedrigere Korrelationen der Nachfrage- und Angebotschocks mit der EU als Polen oder Ungarn auf (Fidrmuc und Hagara 2004).

Ein weiterer Risikofaktor ist, dass sich die Slowakei gerade durch die seit 1998 durchgeführte Restrukturierung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weniger als vor den Reformen am EU-Konjunkturzyklus orientiert (Ševčovič et al. 2002). Allerdings könnten sowohl die zurzeit durchgeführten Reformen als auch die Zugehörigkeit zum gemeinsamen Markt zu einer weiteren Intensivierung des Handels mit den Ländern des europäischen Währungsraums führen und so zu einer Konvergenz der Konjunkturzyklen beitragen (Darvas und Szapáry 2004).

Bei den gegebenen Risiken, die aus einer zunehmenden Spezialisierung der slowakischen Wirtschaft und der fehlenden Synchronisation des Konjunkturzyklus mit den EU-Kernländern resultieren, ist ein Anpassungsbedarf der Slowakei nach asymmetrischen Schocks also nicht auszuschließen. Würde eine Wechselkursanpassung nicht möglich sein, so müssten alternative Anpassungsinstrumente zur Verfügung stehen. Dies ist jedoch auch nur einschränkt der Fall.

Ein Anpassungsinstrument könnte die Arbeitskräftemobilität sein. Während der Übergangsperiode nach dem EU-Beitritt wird die Migration der Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedländern nach Deutschland und Österreich aber noch mindestens zwei und maximal sieben Jahre beschränkt. Einschränkungen der Arbeitsmobilität haben seit Mai 2004 auch andere EU-15-Mitglieder (außer Schweden) eingeführt. Umgekehrt wird die Slowakei den Zutritt zum nationalen Arbeitsmarkt für EU-Bürger nicht beschränken. Im Fall einer Bedrohung des nationalen Arbeitsmarktes kann allerdings der Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Ländern beschränkt werden. Auch die fiskalische Integration mit der EU über die Finanzmittel aus Struktur- und Kohäsionsfonds wirken nicht anti-zyklisch (Iša 2002a).

Auch nationale Wirtschaftspolitiken stehen als Anpassungsinstrumente nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Fiskalpolitik ist durch die Konsolidierungsstrategie weitgehend gebunden. Außerdem ist die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der Slowakei gering. Allerdings ist aufgrund der Arbeitsmarktreformen zu erwarten, dass sich die Flexibilität der Reallöhne erhöht.

Die Risiken einer Abschaffung des Wechselkurses als Anpassungsinstrument müssen sich bei einer radikalen Reformstrategie, wie sie z.B. Irland in den 90er Jahren verfolgt hat, zwar nicht realisieren. Aufgrund der Diskussion der Reformstrategie der Slowakei in Abschnitt 3 ist jedoch klar, dass die Slowakei bezüglich ihres Beitritts zur EWU kein Risiko eingehen und die Voraussetzun-

gen für einen reibungslosen Anpassungsprozess unter den Bedingungen einer einheitlichen Währung zunächst weitgehend erfüllen will.

## 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Slowakei ist 1993 als der weniger entwickelte Teil der ehemaligen Tschechoslowakei mit deutlichen Nachteilen in die Unabhängigkeit gestartet. Außerdem trennte man sich von der Tschechischen Republik, um einen eigenen Weg zu gehen, bei dem weder strukturelle noch institutionelle Reformen durchgeführt wurden. Statt die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu schaffen, wurde so die Planwirtschaft zunächst festgeschrieben.

Seit dem Regierungswechsel im Jahre 1998 hat die Slowakei große Fortschritte gemacht. In den Jahren 1998–2002 wurden auf dem Weg zur Marktwirtschaft zunächst der Banken- sowie der Unternehmenssektor restrukturiert und das makroökonomische Gleichgewicht wieder hergestellt. Nach der Parlamentswahl 2002 blieb die Reformregierung an der Macht und die Reformpolitik konnte seitdem noch forciert werden. Sie umfasst die Bereiche öffentliche Finanzen, öffentliche Verwaltung, Unternehmensgesetzgebung, Gesundheitswesen, Schulwesen, Sozial-, Renten- und Steuersystem sowie Arbeitsmarkt. Wie internationale Vergleiche zeigen, hat die Slowakei bei Reformindikatoren stark aufgeholt und dabei zum Teil einige der alten EU-Mitgliedsländer hinter sich gelassen. Vor allem Dank der Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 19 Prozent für alle wesentlichen Einkommens- und Verbrauchssteuern sowie niedriger Lohnkosten konnten ausländische Direktinvestitionen angezogen und ein Wachstumsprozess in Gang gesetzt werden.

Das Reformtempo in der Slowakei wurde wesentlich durch den europäischen Integrationsprozess unterstützt. Nach dem Beitritt zur EU ist es das Ziel der Regierung, die Maastricht-Kriterien nachhaltig zu erfüllen und 2009 Mitglied der EWU zu werden. Zurzeit erfüllt die Slowakei die Kriterien für das öffentliche Defizit und die Inflationsrate noch nicht. Außerdem wird die Slowakei noch lange brauchen, sich bei Einkommen und Preisen dem EU-Standard zu nähern. Als eines der ärmeren neuen Mitgliedsländer liegt die Slowakei bei etwa 50 Prozent des EU-15-Durchschnitts.

Der weitere Konvergenzprozess wird davon abhängen, ob die jüngsten radikalen Reformen durchgehalten werden können und zu einem nachhaltig höheren Wachstum der slowakischen Wirtschaft führen. Dies wird wesentlich davon abhängen, ob die Steuerreform tatsächlich kurzfristig neutral auf den Staatshaushalt wirkt und mittelfristig zu höheren Einnahmen führt. Ein weiteres Risiko liegt in der Abhängigkeit vom Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen, die die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und die außenwirtschaftliche Stabilität im Besonderen bestimmen. Außerdem konzentrieren sich zurzeit die Direktinvestitionen sehr stark auf den Automobilssektor und den Westen der Slowakei und verstärken die sowieso schon hohen regionalen Einkommensunterschiede. Zusammen mit den Reformen des Steuersystems und den Kürzungen von Sozialleistungen bringt dies vor allem Belastungen für Bevölkerungsgruppen mit

niedrigem Einkommen. Noch ist die Regierung davon unbeeindruckt. Es ist zu hoffen, dass die Rechnung, über ein höheres Wirtschaftswachstum letztlich alle besser stellen zu können, aufgeht.

Die schnelle Einführung des Euro ist unter dieser Voraussetzung für die Slowakei zurzeit kein Thema. Dabei erfüllt die Slowakei die Voraussetzungen für die Teilnahme an der EWU zum Teil sogar besser als einige der derzeitigen EWU-Mitgliedsstaaten. Dies beruht vor allem auf einem hohen Offenheitsgrad und einem hohen Anteil des Intra-EU-Handels. Außerdem könnte eine schnelle Euro-Einführung dem Land einen Gewinn an Glaubwürdigkeit und die Absicherung von Wechselkursrisiken bescheren. Die zunehmende Spezialisierung der Wirtschaft und der schwach ausgeprägte Zusammenhang der slowakischen Konjunktur mit der Konjunktur der EU-Kernländer erhöht dagegen die Risiken eines schnellen Beitritts zur EWU. Außerdem sind die Reformen des Staatshaushalts und des Arbeitsmarkts noch nicht abgeschlossen. Die Slowakei tut also gut daran, unnötige Risiken zu vermeiden und den begonnenen Reformprozess zu konsolidieren.

### Summary

After a transition period characterized by disintegration and macroeconomic instability, the Slovak Republic succeeded to be among the first round of CEECs to join the EU. This was due to the change in government in 1998 which brought the country back on track by fiscal consolidation and first structural reforms. In 2002, the Slovak Republic undertook further major reforms. Today, the country benefits from the introduction of a flat 19 percent tax rate for all major income and consumption taxes and a strong inflow of foreign direct investment. As a consequence, economic growth is accelerating, unemployment is declining and convergence of monetary, fiscal, and real variables is impressive. There are, however, risks due to the increasing specialization of production and trade on the automobile sector, a high level of regional inequality, and the uncertain sustainability of fiscal consolidation. Hence, the country follows a risk minimizing strategy in the case of monetary integration and plans to enter the ERM II only after the fiscal criteria could be met on a sustainable basis.

### Literatur

- Backé, P., und C. Wójcik (2004). Monetary Integration of Central and Eastern European EU Accession Countries? In L. M. Vinhas de Souza und B. van Aarle (Hrsg.), *The Euroarea and the New EU Member States*. Basingstoke, Hampshire.
- Darvas, Z., und G. Szapáry (2004). Business Cycle Synchronisation in the Enlarged EU: Comovements in the New and Old Members. Euro Area Business Cycle Network Workshop on Business Cycle and Acceding Countries. Wien, April 2004. Via Internet (November 2004) <<http://www.cepr.org/meets/wkcn/1/1601/papers/darvas.pdf>>.
- DBResearch (Deutsche Bank Research) (2000). *Economic & Financial Outlook – Eastern Europe 1*. Frankfurt am Main.
- DekaBank (2004). Die Slowakei hat Erfolg mit ihrer Steuerreform im Zeichen der Zahl 19. *Emerging Market Outlook* 3: 2–3.



- Etrend (2004). Regionálne Rozdiely v Európskej Únii po Rozšírení Výrazne Vzrástli. Bratislava. Via Internet (24.6.2004) <[http://www.etrend.sk/generate\\_page.php?page\\_id=35566&web\\_user\\_id=21073](http://www.etrend.sk/generate_page.php?page_id=35566&web_user_id=21073)>.
- European Commission (2004a). Commission Initiates Budgetary Surveillance For New Member States. Via Internet (November 2004) <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/631&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>>.
- European Commission (2004b). Report from the Commission. Slovakia. Report prepared in accordance with Article 104(3) of the Treaty. Via Internet (November 2004) <[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/country/edp/edprep2004\\_sk.pdf](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/country/edp/edprep2004_sk.pdf)>.
- Eurostat (2004a). Kaufkraftparitäten und abgeleitete Wirtschaftsindikatoren für EU, Beitrittskandidaten und EFTA, 37/2004. Via Internet (November 2004) <[http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-NJ-04-037/DE/KS-NJ-04-037-DE.PDF](http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-NJ-04-037/DE/KS-NJ-04-037-DE.PDF)>.
- Eurostat (2004b). Zweite Übermittlung von Daten zu Defizit und Schuldenstand im Jahr 2003. Euro-Indikatoren. Pressemitteilung 117/2004. Via Internet (November 2004) <[http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY\\_PUBLIC/2-23092004-AP/DE/2-23092004-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_PUBLIC/2-23092004-AP/DE/2-23092004-AP-DE.PDF)>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2004). *Konvergenzbericht 2004*. Frankfurt am Main. Fidrmuc, J., und E. Hagara (2004). Podobnosť Ponukových a Dopytových Šokov v Európskej Únii a Prístupujúcich Krajínach (Implikácie pre Českú Republiku a Slovensko). *Politická Ekonomie* (2): 171–181.
- Foders, F., D. Piazzolo und R. Schweickert (2002). Fit für die EU? Indikatoren zum Stand der Wirtschaftsreformen in den Kandidatenländern. Kieler Diskussionsbeiträge 389/390. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gabrielová, H., V. Páleník et al. (2003). Updating of the Slovak Economy Performance Assessment – Expected Trends of Its Development Till 2010. In M. Šikula et al. (2003), *Economic and Social Context of Slovakia's Integration into EU*. Summary. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- Gawrich, A., und R. Schweickert (2004). Institutionelle Entwicklung in Europa – Wie weit sind die südosteuropäischen Länder? *Die Weltwirtschaft* 2: 153–186.
- Gern, K.-J., F. Hammermann, R. Schweickert und L. Vinhas de Souza (2004). European Monetary Integration after EU Enlargement. Kieler Diskussionsbeiträge 413. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Heritage Foundation (lfd. Jgg.). *Economic Freedom of the World*. Annual Report. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2000). IMF Concludes Article IV Consultation with Slovak Republic. Public Information Notice 00/53, Washington, D.C.
- Iša, J. (2002a). Eurozóna a Svetové Hospodárstvo. *Biater* 10 (1, 2): 12–15.
- Iša, J. (2002b). Slovensko na Ceste do Európskej Menovej Únie. *Ekonomický Časopis* 50 (6): 899–925.
- Iša, J. (2003a). Menová Politika. In M. Šikula et al. (2003), *Ekonomické a Sociálne Súvislosti Integrácie Slovenska do Európskej Únie*. Bratislava.
- Iša, J. (2003b). Príprava Slovenska na Vstup do Európskej Menovej Únie. In M. Šikula et al. (2003), *Ekonomické a Sociálne Súvislosti Integrácie Slovenska do Európskej Únie*. Bratislava.
- Kaufmann, D., A. Kraay und M. Mastruzzi (2003). Governance Matters III, Governance Indicators for 1996–2002. Policy Research Working Paper 3106. The World Bank, Washington, D.C.
- MF SR (Ministerstvo Financí SR) (2004a). Koncepcia Daňovej Reformy v Rokoch 2004–2006. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/308A707A1FC47662C1256D4A00429DBD?OpenDocument>>.

- MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2004b). Konkretizácia Stratégie Prijatia Eura v SR. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/11f5bc715edae30c1256ef3002f43d5/\\$FILE/vlastny\\_material.htm](http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/11f5bc715edae30c1256ef3002f43d5/$FILE/vlastny_material.htm)>.
- MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2004c). Makroekonomické Prognózy MF SR ako Základ Pre Tvorbu Východisk Rozpočtu na Roky 2005 až 2007. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/c3c0ad4d78aa88c4c1256b1700216001/02bc0775b8588d98c1256c39002f29ed?OpenDocument>>.
- MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2004d). Správa o Pokračovaní Reforiem na Trhu Produktov a Kapitálových Trhoch (Cardiffská správa). Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/bd48b333f4bc4099c1256f1900473c9a/\\$FILE/SlovakiaCardiff2004.rtf](http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/bd48b333f4bc4099c1256f1900473c9a/$FILE/SlovakiaCardiff2004.rtf)>.
- MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2004e). Convergence Programme of the Slovak Republic Covering the Period 2004–2010. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/fb3a49f2fd848eec1256e9500275db5/\\$FILE/slovakiaCP2004.pdf](http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/fb3a49f2fd848eec1256e9500275db5/$FILE/slovakiaCP2004.pdf)>.
- MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2004f). Aktualizovaný Konvergenčný Program Slovenska na Roky 2004 až 2010. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/76b6ad2072a34696c1256f43004a2319/\\$FILE/SlovaCPgovUPDATEV2.pdf](http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/76b6ad2072a34696c1256f43004a2319/$FILE/SlovaCPgovUPDATEV2.pdf)>.
- MMF (Medzinárodný Menový Fond) (2004). Slovenská Republika – Pracovná Návšteva, Záverečné Stanovisko. Via Internet (November 2004) <[http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/caad65e8c066c539c1256ea800334543/\\$FILE/MMF\\_sprava\\_Maj\\_2004.rtf](http://www.finance.gov.sk/mfsr/mfsr.nsf/0/caad65e8c066c539c1256ea800334543/$FILE/MMF_sprava_Maj_2004.rtf)>.
- MPSVR SR (Ministerstvo Práce, Sociálnych Vecí a Rodiny SR) (2004). Dôchodková Reforma. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.employment.gov.sk/socialne\\_poistenie/](http://www.employment.gov.sk/socialne_poistenie/)>.
- MZ SR (Ministerstvo Zdravotníctva SR) (2004). Reforma Zdravotníctva. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.health.gov.sk/redsys/rsi.nsf/vdb\\_homepage/homepage\\_S?Open](http://www.health.gov.sk/redsys/rsi.nsf/vdb_homepage/homepage_S?Open)>.
- Morvay, K., et al. (2004). *Analýza a Zovšeobecnenie Doterajšieho Priebehu Transformácie Slovenskej Ekonomiky a Postup jej Završenia*. Expertízna štúdia č. 55. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004a). *Annual Report 2003*. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004b). Basic Interest Rate of the NBS. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004c). Long-term Interest Rates Statistics. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004d). Minimum Reserves. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004e). *Monetary Programme of the NBS for 2004 and Outlook for 2005–2007*. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (National Bank of Slovakia) (2004f). The Monetary Survey, September 2004 – Monthly Bulletin. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/INDEXA.HTM>>.
- NBS (Národná banka Slovenska) und MF SR (Ministerstvo Financii SR) (2003). *Stratégia Vstupu SR do Európskej Menovej Únie*. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.nbs.sk/PRESS/STRATEGIA.PDF>>.

- Nitsch, V. (2002). Honey, I Shrunk the Currency Union Effect on Trade. *The World Economy* 25 (4): 457–474.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2004). *Economic Survey – Slovak Republic 2004*. Paris.
- Okáli, I., H. Gabrielová, E. Hlavatý, K. Morvay und R. Outrata (2000). *Economic Development of Slovakia in 1999*. Study prepared on behalf of the United Nations Economic Commission for Europe. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- Okáli, I., H. Gabrielová, E. Hlavatý, K. Morvay und R. Outrata (2001). *Economic Development of Slovakia in 2000*. Study prepared on behalf of the United Nations Economic Commission for Europe. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- Okáli, I., H. Gabrielová, E. Hlavatý, K. Morvay und R. Outrata (2003). *Economic Development of Slovakia in 2002*. Study prepared on behalf of the United Nations Economic Commission for Europe. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- Okáli, I., K. Frank, H. Gabrielová, E. Hlavatý, K. Morvay und R. Outrata (2004). *Economic Development of Slovakia in 2003*. Study prepared on behalf of the United Nations Economic Commission for Europe. Institute of Slovak and World Economics, Slovak Academy of Sciences. Bratislava.
- Pakko, M., und H. Wall (2001). Reconsidering the Trade-creating Effects of a Currency Union. *Federal Reserve Bank of St. Louis Review* 83 (5): 37–45.
- Persson, T. (2001). Currency Unions and Trade: How Large Is the Treatment Effect? *Economic Policy* (Oct.): 433–448.
- Rose, A. (2000). One Money, One Market: Estimating the Effect of Common Currencies on Trade. *Economic Policy* 30: 7–45.
- Schweickert, R. (1996). Which Target for Exchange Rate Policy in Developing Countries: Stability or Competitiveness? In F. P. Lang und R. Ohr (Hrsg.), *Openness and Development*. Berlin.
- Schweickert, R. (2001). *Der Euro als Ankerwährung: Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer zwischen Transformation und Integration*. Kieler Studien 312. Berlin.
- Ševčovič, P., et al. (2002). Otvorené Otázky Menovej Integrácie. *Bianke* 10 (2): 5–10.
- ŠÚ SR (Statistical Office of the Slovak Republic) (2004a). Indicators on Economic Development. Average Monthly Wage. Regional Data. Bratislava. Via Internet (November 2004) <[http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg\\_udaje\\_eng/mesacmzda.htm](http://www.statistics.sk/webdata/ks/reg_udaje_eng/mesacmzda.htm)>.
- ŠÚ SR (Statistical Office of the Slovak Republic) (2004b). Indicators on Economic Development. Foreign Trade. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.statistics.sk/webdata/english/tab/une/une04a.htm>>.
- ŠÚ SR (Statistical Office of the Slovak Republic) (2004c). Indicators on Economic Development. Population. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.statistics.sk/webdata/english/tab/pop/pop01.htm>>.
- ŠÚ SR (Statistical Office of the Slovak Republic) (2004d). Indicators on Economic Development. Unemployment. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.statistics.sk/webdata/english/tab/une/une04a.htm>>.
- Vinhas de Souza, L. (2002). Integrated Monetary and Exchange Rate Frameworks: Are There Empirical Differences? Working Paper 2002/2. Bank of Estonia. Tallinn.
- World Bank (2004a). Doing Business in 2005: Recent EU Entrants Are Top Reformers While Others in the Region Struggle to Reduce Red Tape for Business. Miss Large Growth Opportunities. Via Internet (November 2004) <<http://web.worldbank.org/WBSITE/>

EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/SLOVAKIAEXTN/0,,contentMDK:20251185~menuPK:305122~pagePK:1411137~piPK:217854~theSitePK:305117,00.html>.

World Bank (2004b). World Development Indicators. CD-Rom. Washington, D.C.

ZAP SR (Združenie Automobilového Príemyslu SR) (2004). Postavenie Automobilového Príemyslu a Trhu s Vozidlami na Slovensku. Bratislava. Via Internet (November 2004) <<http://www.zapst.sk/>>.